Politische Tagesübersicht.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Donnerstag einberufen worden, um sich mit dem deutsch-türkischen Abkommen über den Rechtsverkehr, dem Freundschaftsvertrag mit dem Königreich des Hedjas und den deutsch-persischen Verträgen zu beschäftigen. — Auch der Haushaltsausschuß tritt am Donnerstag zusammen. Auf der Tagesordnung stehen der Volksparteiliche Antrag über den Spardiktator, der Antrag auf Niederschlagung der Winzerkredite und ein Antrag des Innenministeriums auf Bewilligung außerplanmäßiger Mittel zugunsten der aus Rußland abwandernden deutschen Bauern.

Reichsministergesetz. Der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz) ist jetzt auch dem Reichstage zugegangen. Der Inhalt des Gesetzes ist durch die Verhandlungen im Reichsrat bereits bekannt.

Maßnahmen für die deutschen Kolonisten aus Rußland. Der preußische Innenminister hat alle Polizeibehörden angewiesen, im Interesse des Hilfswerks für die aus Rußland abgewanderten Bauern den Reichskommissar für die Deutsch-Russen-Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben tunlichst zu unterstützen. Ein unmittelbarer Schriftverkehr zwischen dem Reichskommissar und den in Betracht kommenden preußischen Behörden ist zulässig.

Rücktritt des griechischen Staatspräsidenten. Der Präsident der Republik Konduriotis hat aus Gesundheitsrücksichten seinen Rücktritt erklärt. Ministerpräsident Venizelos hat daraufhin die Parteiführer zu einer Besprechung einberufen und wird im Laufe des Abends der Kammer von dem Rücktritt Kenntnis geben. Das Parlament wird sich bis Sonnabend vertagen, um dann den neuen Präsidenten, der aller Wahrscheinlichkeit nach Zaimis werden wird, zu wählen.

Aus der Diplomatie. Der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken Krestinski hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Botschaftsrat Bratmann-Brodowski die Geschäfte der Botschaft.

Veränderungen beim deutsch-finnischen Vergleichsrat. Der schweizerische Professor Dr. Ernst Delaquis hat infolge seiner Berufung an die Universität Hamburg sein Amt als Mitglied des deutsch-finnischen Vergleichsrats niedergelegt. Im Einverständnis mit der finnischen Regierung ist an seiner Stelle der Professor an der Universität Bern, Walther Burckhardt, ernannt worden.

Die Räumung des Rheinlands durch die Engländer. Im Unterhaus erklärte der Finanzsekretär im Kriegsamt auf eine Anfrage hin, er hoffe, daß die Räumung des Rheinlands Ende dieser Woche beendet sein werde, abgesehen von einer kleinen Gruppe, die Ende nächster Woche abrücken werde.

Die Reichswehr bereitet keinen Giftgaskrieg vor. In einer Meldung aus Paris heißt es, daß das deutsche Oberkommando der Reichswehr besonderes Interesse dem chemischen Krieg entgegenbringe und daß die deutsche Industrie Giftstoffe für den Krieg erzeuge, und es werden besonders die Fabriken Minimax-Berlin und Stolzenberg-Hamburg genannt. Dazu erfährt das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger von maßgebender Stelle, daß irgendwelche Vorbereitungen für den chemischen Krieg oder für eine aktive chemische Betätigung bei der Reichswehr nicht bestehen. Die Verwendung von Nebel ist durch den Versailler Vertrag in keiner Weise behindert. Der Nebel ist auch harmlos, wie man sich bei verschiedenen Uebungen hat überzeugen können. Sogenannte Nebelzüge bestehen bei der Reichswehr nicht, die Vernebelungsversuche werden vielmehr nur von Fall zu Fall durch zusammengestellte Mannschaften vorgenommen. Die Minimax-Fabrik macht Nebelapparate nur auf Bestellung. Zu der Firma Stolzenberg in Hamburg, die gar keine Fabrik in Deutschland hat, unterhält die Reichswehr keine Beziehungen.

Eine Aktion der Rußlanddeutschen beim Völkerbund. Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen aus Rußland und Polen teilt mit, daß sie auf Veranlassung der deutschstämmigen Bauern, die Rußland verlassen wollen, an den Völkerbund und andere internationale Stellen eine Denkschrift gerichtet hat. In der Schrift wird die gegenwärtige Lage der deutschen Bevölkerung in der Sowjet-Union auf Grund zuverlässiger Berichte geschildert und der Bitte der deutschen Kolonisten Ausdruck gegeben, dahin zu wirken, daß sie wieder zu einem erträglichen Dasein gelangen und daß die in Fluß befindliche Auswanderungsbewegung ohne persönliche Verfolgung, wirtschaftliche Vernichtung und politische Entrechtung vor sich gehen möchte.

Abgeordneter Behrens aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Behrens, der vor einigen Tagen gemeinsam mit dem Abgeordneten D. Mumm aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschieden war, hat mitgeteilt, daß er jetzt auch seinen Austritt aus der deutschnationalen Volkspartei erklärt hat.

Englische Besorgnisse wegen der Ereignisse in China. Die gegenwärtige Entwicklung in China wird in maßgebenden englischen Kreisen mit starker Besorgnis verfolgt. Auf Grund der letzten Entwicklung ist man offenbar auf alle Ueberraschungen gefaßt. Im Hinblick auf die hierdurch eintretenden neuen Verzögerungen für den Wiedereintritt Chinas in die Reihe der geordneten Weltmächte wird diese Entwicklung außerordentlich bedauert. Abgesehen hiervon spielt naturgemäß der Rückschlag für den britischen Handel eine erhebliche Rolle. Neben dieser grundsätzlichen Beurteilung der Lage ist man jedoch sehr zuversichtlich. Die britischen Seestreitmächte in den chinesischen Gewässern sind stark genug, um alle Europäer in den einzelnen Städten an Bord zu nehmen. Im Hinblick auf die starken Flotteneinheiten auch der anderen Mächte würde daher, gleichgültig, was sich weiter ereignet, mit einer Gefährdung europäischen Lebens nicht zu rechnen sein.

Der französische Militärhaushaltberichterstatter sieht Gespenster. Welche Angstpsychose vor der deutschen Hunderttausendmann-Reichswehr immer noch gewisse französische Kreise beherrscht, zeigte die Rede des Berichterstatters über den Militärhaushalt des Obersten Fabry, der u. a. ausführte: „Wir werden die Deutschen mit keinerlei Mitteln davon abhalten können, eine kriegerische Nation zu sein. Der Versailler Vertrag hat Deutschland eine Berufs-, d. h. Angriffsarmee, auferlegt. Wir dagegen müssen eine Verteidigungsarmee heranbilden. Von der deutschen Armee weiß man, daß sie von einer Stunde zur anderen über 4 mal 100 000 eingeübte Soldaten verfügen kann, die in wenigen Stunden bedeutende Schäden im französischen Grenzgebiet anrichten kann. Angesichts dieser Gefahr müssen wir ausreichende Verteidigungsmaßnahmen schaffen. Es handelt sich darum, die erste Zone an der Grenze zu befestigen und hinter ihr für bewegliche Truppen als Deckung für einen möglichen Einbruch zu sorgen.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei gegen das Finanzprogramm der Regierung. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei kam auf Grund ihrer Fraktionsberatung am Dienstag abend zu folgender Auffassung: Die Fraktion ist bereit, der Reichsregierung für die Verhandlungen im Haag das Vertrauen zu votieren. Sie ist weiter bereit, die Erledigung eines Sofortprogramms, das sich auf eine Erhöhung der Tabaksteuer und auf eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge erstreckt, zu unterstützen. Dem von der Reichsregierung vorgelegten Finanzprogramm zuzustimmen, ist der Fraktion der Bayerischen Volkspartei nicht möglich.

Die Finanzsorgen des Reiches.

vbs. **Berlin.** Im Reichstag wurde der Dienstag in ausgedehntestem Maße von den Finanzsorgen des Reiches beherrscht, zumal die Plenarsitzung mit den Verhandlungen über den früheren Ladenschluß am Weihnachtsheiligabend nur von geringerer Bedeutung war. Nachdem das Reichskabinett in seiner ausgedehnten Montagsitzung nach Mitternacht über die Hilferdingschen Vorschläge für die Finanzreform und über die darüber in den nächsten Tagen abzugebende Regierungserklärung, an die sich das Verlangen nach einem Vertrauensvotum anschließen soll, geeinigt hatte, wurden am Dienstag vormittag die Parteiführer der Regierungsparteien in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit fast des gesamten Reichskabinetts über den Reformplan, den das Nachrichtenbüro des V. D. Z. im einzelnen berichtet hat, informiert. An der Besprechung nahmen teil von der sozialdemokratischen Partei die Abg. Löbe, Wels, Dittmann, Dr. Breitscheid und Dr. Hertz, vom Zentrum die Abg. Dr. Brüning und Erfing, von der Deutschen Volkspartei die Abg. Dr. Zapf und Dr. Hoff, von den Demokraten die Abg. Dr. Haas und Dr. Fischer und von der Bayrischen Volkspartei der Abg. Leicht. Die Einigkeit die im Reichskabinett erzielt worden ist, findet vorläufig in den Fraktionen der Regierungsparteien noch kein entsprechendes Echo. Im Gegenteil **türmen sich zunächst noch allerlei Schwierigkeiten,** insbesondere kann noch nicht einmal gesagt werden, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding der Zustimmung seiner eigenen Freunde von der Sozialdemokratischen Partei zu allen seinen Vorschlägen sicher ist. Die **Steuererhöhung für Bier und Tabak** wird sich allerdings nach Ansicht der Sozialdemokraten **kaum umgehen lassen,** aber **Bedenken bestehen inbezug auf die Einnahmeverminderung durch Steuersenkungen,** da die bisherigen Defizits vor allen Dingen einer Deckung bedürfen. **Als Ausgleich** für die Senkung der Realsteuern soll den Gemeinden die Erhebung einer Kopfsteuer zugebilligt werden, oder einer Verwaltungsgebühr, wie diese Steuer genannt wird. Die Sozialdemokratie hält diese Steuer für eine unsoziale Maßnahme, der sie ihre Zustimmung nicht geben könnte. Die Bayrische Volkspartei ist eine sehr scharfe Gegnerin gegen die Biersteuer-Erhöhung, die Deutsche Volkspartei bekämpft ebenso entschieden die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die mit einem halben Prozent vorgeschlagen wird.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages am Dienstag traten **fast alle Fraktionen zu Sitzungen zusammen.**

•

Das Finanzprogramm,

das die Regierung am Dienstag mittag den Parteiführern überreicht hat, enthält folgende Vorschläge:

Die Einkommensteuer soll gesenkt werden durch **Heraufsetzung des steuerfreien Lohnbetrages,** durch den **Ausbau der Kinderermäßigungen** und durch **Herabsetzung** und andere **Staffelung des Steuertarifs.** Die Senkung soll in drei Zeitabschnitten erfolgen, und zwar am 1. Juli 1930, am 1. Januar 1932 und am 1. Juli 1933. In diesen Zeitabschnitten soll bei der Lohnsteuer das steuerfreie Existenzminimum für den ledigen Arbeiter von 1200 auf 1440, 1560 und zuletzt 1800 Mark jährlich erhöht werden. Die Senkung des Tarifs bei der veranlagten Einkommensteuer soll in den gleichen Zeitabschnitten durchschnittlich 12, 20 und 25 Prozent betragen. Der Höchstsatz der Einkommensteuer soll von bisher 40 auf 35¼ Prozent ermäßigt werden.

Die **Kapitalertragssteuer** soll künftig fortfallen, und zwar für Zinsen aus festverzinslichen öffentlichen Anleihen, die nach dem 31. Dezember d. Js. aufgelegt werden.

Für **Versicherungsprämien** soll die Abzugsmöglichkeit von der Einkommensteuer erhöht werden.

Bei der **Vermögensteuer** ist vorgesehen, daß künftig Beträge bis zu 20 000 Mark steuerfrei bleiben.

Bei den **Realsteuern** soll die Gewerbesteuer um 20 und die Grundvermögensteuer um 10 Prozent herabgesetzt werden. Eine weitere Senkung der Realsteuern ist beabsichtigt, sobald die Steuervereinheitlichung durchgeführt ist. Länder und Gemeinden werden verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren die Realsteuern nicht zu erhöhen.

Die **Industriebelastung** soll in mehreren Zeitabschnitten abgebaut und bis zum Jahre 1935 restlos beseitigt sein.

Die Belastung aus den **Rentenbankzinsen** wird beseitigt.

Ferner sind vorgesehen eine **Herabsetzung der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer** um 50 Prozent, der **Börsenumsatzsteuer** um ein Drittel.

Endlich soll die **Zuckersteuer** vollkommen wegfallen.

Diesem Steuersenkungsprogramm stehen folgende **Steuererhöhungen** und andere **Reformen** gegenüber.

Die **Biersteuer** wird ab 1. April 1930 **um 50 Prozent** erhöht.

Für **Tabak** sind folgende **Steuererhöhungen** vorgesehen: für Zigaretten wird die Banderolensteuer von 30 auf 35 Prozent erhöht, für Rohtabak die Materialsteuer von 400 auf 500 Mark für den Doppelzentner, ferner die Steuer für Rauchtabak von 45 auf 60, für Pfeifentabak von 20 auf 35 Mark für den Doppelzentner. Die erhöhte Tabaksteuer soll am 1. Januar 1930 in Kraft treten. Bei Zigaretten ist außerdem eine Kontingentierung vorgesehen. In den Haushaltsplan sollen 5 Millionen Mark für die Förderung des Tabakbaues eingesetzt werden.

Als Ausgleich für die Senkung der Realsteuern soll **den Gemeinden die Erhebung einer Kopfsteuer zugebilligt** werden, zu der alle wahlberechtigten Gemeindebürger herangezogen werden sollen. Ueber ihre Höhe ist noch nichts bestimmt.

Die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** sollen um ½ Prozent erhöht werden.

Bei der Neuregelung des **Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern** soll die Einbeziehung der Biersteuer und der Erträge aus dem Spiritusmonopol in die Ueberweisungssteuern unter entsprechender Senkung der Einkommen- und Umsatzsteuerüberweisungen vorgesehen werden.

Der **Ausfall der Gemeinden bei den Realsteuern wird im Jahre 1930 vom Reiche vollständig übernommen.** Für die Jahre 1931 bis 1934 wird das Reich ein Fünftel des Ausfalls den Gemeinden ersetzen.

Frankreichs Militärbudget höher als das Zivilbudget.

)(**Paris.** Am Montag abend begann die französische Kammer mit der **Aussprache über den Kriegshaushalt.**

Der Berichterstatter **Bouilloux-Lafont** wies in seinem Bericht auf die Trennung der Ausgaben des Heimatlandes, die sich auf **4818 Millionen** belaufen, sowie der Ueberseebesetzungen hin, die **1768 Millionen Franken** betragen, sowie auf das Sonderkonto für die Rheinarmee, das eine Ausgabe von **426 Millionen Franken** vorsieht. Die **Stärke des Heeres** sei von 670 000 auf 440 000 herabgesetzt worden. Außerdem habe die Einführung der Einjährigendienstzeit eine Erhöhung der Kredite um 600 Millionen mit sich gebracht. Man müsse aber für 1930 bis 1933 **noch mit weiteren Ausgaben rechnen.** Für die Unterbringung der mobilen Gendarmerie seien **450 Millionen,** für die Berufssoldaten **750 Millionen,** für die Ausbildungslager **610 Millionen** erforderlich, ohne von der Wiederherstellung des Kriegsmaterials zu sprechen. Außerdem erfordere die Organisation der **Grenzverteidigung 3 Milliarden Franken.** Die ausländischen Vorwürfe wegen des französischen Militarismus könne man mit dem Hinweis auf die Haushalte der anderen Nationen beantworten. Ueberall sehe man Ausgabenvermehrung. Stärkere Ersparnisse seien nur möglich, wenn das französische Heer auf ganz neuer Grundlage aufgebaut werde. Trotz aller Bemühungen für den Frieden müsse Frankreich die Last der Kriegsausgaben auf sich nehmen.

Anschließend wies der Führer der Radikalsozialisten, Daladier, darauf hin, daß eine Zusammenrechnung des Kriegshaushalts, der Militärluftschiffahrt und der in den anderen Haushalten enthaltenen Beiträge eine Gesamtsumme von jährlich 8450 Millionen Franken ergebe. Nach seiner Berechnung hätten sich die Ausgaben gegenüber 1910 bis 1912 verdoppelt und lägen selbst über denen des Jahres 1914. Nach den Zahlen Daladiers stellen die Gesamtausgaben der französischen nationalen Verteidigung den Betrag von 12 298 Millionen Franken dar, während die Zivilausgaben den Betrag von 12 207 Millionen nicht übersteigen. Unter dem Beifall der Linken sagte Daladier, man möge ihm ein Land nennen, in dem die militärischen Ausgaben die zivilen überstiegen. Der Redner bezweifelte dann die Richtigkeit der amtlichen Angaben bezüglich der Stärke der Berufssoldaten und fragte, wie man auf die Zahlen von 106 000 Berufssoldaten für 1930 komme.

Daladier fuhr dann fort, er glaube an die **Entwicklung des deutschen Volkes zum Frieden** und zur Demokratie. Er beschäftigte sich dann mit den Militärhaushalten der einzelnen europäischen Staaten und betonte, daß die Stunde gekommen sei, die **Kasernenarmee herabzusetzen.** Die Vermehrung der Militär- und Zivilangestellten müsse aufgehalten werden. Dadurch würde man eine Ersparnis **von 800 Millionen** erzielen. Außerdem müsse der Einjährigendienst Anwendung finden, wenn nicht das Kriegsbudget die Bewegungsfreiheit Frankreichs zerschmettern solle. Die bewaffnete Nation sei für Frankreich die Gefahr für seine Sicherheit.

Die **Kammerrede Daladiers** zum Kriegshaushalt wird von einem Teil der Blätter natürlich **heftig getadelt.** Das „Echo de Paris" schreibt: Wenn man Daladier ein Berufsheer vorschlagen würde, etwa nach dem Beispiel der deutschen Reichswehr, der er soviel Lob gezollt habe, so möchte man das Geschrei seiner radikalen und sozialistischen Freunde hören. Der „Figaro" rügt die unglaubliche Heftigkeit, mit der Daladier eine wahrhafte Anklagerede gehalten habe. Es sei erstaunlich, aus dem Munde des radikalen Führers und früheren Kriegsministers die Wendung zu hören, die man sonst nur von den Kommunisten kenne, nämlich: **die Kredite „ihres" Heeres!**

Neun Tote, mehrere Vermißte bei einem Filmatelierbrand in Newyork.

)(**Newyork,** 10. 12. **In dem dreistöckigen Backstein-Atelier der Manhattan Studios Co. und der Pathé Filmverleihgesellschaft brach ein Brand aus, der mit großer Schnelligkeit um sich griff und das Gebäude zum größten Teil zerstörte. Fünf Männer und vier Frauen kamen bei dem Brand um, außerdem werden noch mehrere Personen vermißt.**

Das Ateliergebäude liegt inmitten mehreren Mietskasernen am Harlem-Fluß in dem dichtbevölkerten, größtenteils von Negern bewohnten Stadtteil Harlem. Zur Zeit des Brandes befanden sich etwa 75 Personen in dem Gebäude. Etwa 50 Schauspieler und Schauspielerinnen waren um 10 Uhr vormittags mit den Aufnahmen zu einem Tonfilm beschäftigt, als plötzlich aus einem Samtvorhang im hinteren Teile der Bühne Flammen schlugen. Das Feuer, das in dem zahlreichen Filmmaterial reiche Nahrung fand, breitete sich mit größter Schnelligkeit aus und verwandelte die Brandstätte in eine Hölle. In kurzer Zeit waren sämtliche Ausgänge durch die Flammen versperrt. Zahlreiche Personen retteten sich mit knapper Not durch einen Sprung aus dem Fenster, wobei mehrere Verletzungen erlitten. Alle Löschzüge des oberen Stadtteils befanden sich an der Brandstelle; auch mehrere Löschboote beteiligten sich an den Löscharbeiten.

Der Brand wird darauf zurückgeführt, daß ein bei den Aufnahmen beschäftigter Darsteller heimlich eine Zigarette zu rauchen versucht hat. Die Sicherheitseinrichtungen entsprachen nicht den Anforderungen der Bau- und Feuerpolizei. Schon 1919 war der Firma aufgelegt worden, eine Springler-Anlage einzurichten. Dieser Aufforderung ist nicht entsprochen worden. Das Unglück wurde noch dadurch verschlimmert, daß bei Ausbruch des Brandes „alles heraus!" gerufen wurde. Da dies die übliche Formel ist, mit der die Schauspieler täglich auf die Bühne gerufen werden, hielten die meisten Darsteller die Wiederholung des Rufes für einen Scherz und beeilten sich nicht, ihre Ankleidezimmer zu verlassen.

Untergang eines italienischen Dampfers. 35 Todesopfer?

* **Paris.** Aus La Rochelle wird die Rettung von sechs schiffbrüchigen Italienern vom Dampfer „Thieri" durch die französische Schaluppe „Gascogne" gemeldet. Die „Thieri" mit 41 Mann Besatzung war von einem spanischen Hafen nach Rotterdam unterwegs. Das Schiff hatte Phosphor und Mineralien geladen. Etwa 120 Kilometer von der französischen Küste entfernt wurde es von den **haushohen Wellen buchstäblich in zwei Teile zerrissen und ging sofort unter.** Die Besatzung hielt sich verzweifelt an den Schiffstrümmern fest. Eine halbe Stunde nach dem Unglück fuhr die „Gascogne" an der Unfallstelle vorüber. Nach größten Anstrengungen gelang es, sechs der Schiffbrüchigen zu retten. Die Schaluppe kreuzte dann noch stundenlang an der Unfallstelle, konnte aber niemanden mehr retten. Allem Anschein nach hat der **größte Teil der Besatzung in Stärke von 35 Mann den Tod in den Wellen gefunden.**

SLUB
Wir führen Wissen.